

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Die Abholung in der Reichshauptstadt und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 Mk., bei Postbestellung 2,50 Mk. In den Provinzen 2,70 Mk. In den Auslandsländern 3,00 Mk. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Angelagertes: Die Reichshauptstadt 20 Goldpfennig, die 4 gespaltenen Teile der amtlichen Bekanntmachungen 10 Goldpfennig, die 2 gespaltenen Teile der amtlichen Bekanntmachungen 5 Goldpfennig. Nachmittagsblätter für 20 Goldpfennig. Sonntagsblätter für 20 Goldpfennig. Die Reichshauptstadt 20 Goldpfennig, die 4 gespaltenen Teile der amtlichen Bekanntmachungen 10 Goldpfennig, die 2 gespaltenen Teile der amtlichen Bekanntmachungen 5 Goldpfennig. Nachmittagsblätter für 20 Goldpfennig. Sonntagsblätter für 20 Goldpfennig.

Nr. 7. 86. Jahrgang.

Telegr.-Adr.: „Amisblatt“

Wilsdruff - Dresden

Postfach: Dresden 2640

Montag, den 10. Januar 1927

Die Stellung der Deutschnationalen.

Angesichts der beginnenden Versuche zur Regierungsbildung wird uns von besonderer politischer Seite geschrieben:

Je näher der Zeitpunkt rückt, an dem die Verhandlungen über die Neubildung der Reichsregierung wieder in Fluss kommen sollen, desto lebhafter zeigen sich die Bemühungen der Parteien, für sich Ministerstellen zu gewinnen. Denn sie wissen, daß mit der Beteiligung an der Regierung auch ein Anwachsen ihres Einflusses und ihrer Macht im Reiche verbunden ist. Bei der Neubildung der Reichsregierung handelt es sich um die Frage, ob eine Erweiterung nach links oder nach rechts eintreten soll. Eine solche Verbreiterung der Regierungsbasis muß kommen, da die bisherige Regierungskoalition nur eine Minderheitsregierung darstellte, die in wichtigen politischen Fragen nicht die Mehrheit des Reichstages hinter sich hatte, also nicht regierungsfähig war. Für den Eintritt in die neue Regierung kämen außer den bisherigen Parteien vor allem die Sozialdemokraten oder die Deutschnationalen in Frage. Von den Führern dieser beiden Parteien wird nun versucht, ihre Fraktionen von der Zweckmäßigkeit einer Teilnahme an der Regierung zu überzeugen. Bei den Sozialdemokraten sind es vor allem die Führer des rechten Flügels der Partei, also der ehemaligen Mehrheitssozialisten, die ihre Stimme zu einer Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten erheben. Unter anderen haben sich in den letzten Tagen die Abgeordneten Scheidemann und David dafür ausgesprochen, Sozialdemokraten wieder als Ministerkandidaten zu sehen, um, wie sie sagten, die bisherigen Errungenschaften der Republik zu verteidigen. Nicht ganz so klar liegt die Sache bei den Deutschnationalen.

Es ist bekannt, daß bei allen Parteien des Reichstages keine völlige Übereinstimmung in der Stellungnahme zu dieser oder jener politischen Frage besteht. Die Abstimmungen des Reichstages beweisen dies. Diese Uneinigkeit würde in noch höherem Maße zutage treten, wenn nicht gerade bei wichtigen politischen Anlässen von den Fraktionen für ihre Mitglieder Abstimmungsabstimmungen bestände, das heißt also, daß alle Abgeordneten sich den Mehrheitsbeschlüssen ihrer Fraktion fügen müssen und nicht nach ihrer eigenen Meinung stimmen dürfen. Ähnlich wie bei den Sozialdemokraten ist auch eine starke Strömung in der Deutschnationalen Volkspartei vorhanden, die für eine Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung des Reiches eintritt. Als einer ihrer Wortführer darf der Präsident des Reichsbürgerrats, Staatsminister a. D. v. Loebell, gelten, der besonders bei der Wahl des Reichspräsidenten von Hindenburg als Führer des die Kandidatur Hindenburg unterstützenden Reichsblocks in weiten Kreisen Deutschlands bekanntgeworden ist. In dem von ihm herausgegebenen Deutschen Spiegel hat Herr v. Loebell einen Artikel veröffentlicht, in dem er für den Eintritt der Deutschnationalen in die neue Regierung eintritt. Der Artikel erregte ob seines besonderen Inhalts in politischen Kreisen das größte Aufsehen. Herr v. Loebell stellt in diesem Artikel fest, daß bezüglich der inneren Politik sich heute mehr oder weniger freudigen Herzens sämtliche Parteien auf den Boden der neuen Verfassung stellen, weil eine Umwälzung unseres Staatsaufbaues mit neuen schweren Erschütterungen verbunden wäre, während es heute die erste Pflicht des realpolitisch Denkenden sei, das deutsche Volk und den deutschen Staat überhaupt zu erhalten. Mit diesen Ausführungen zur inneren Politik dürfte sich Herr v. Loebell wahrscheinlich in Übereinstimmung mit dem größten Teil seiner Parteifreunde befinden, die sich ebenfalls in dieser Frage auf den Boden der gegebenen Tatsachen gestellt haben.

Auch die deutschnationale Parteileitung hat in wiederholten Auslassungen die jetzige Regierungsform anerkannt. Herr v. Loebell nimmt aber weiterhin in seinen Artikeln auch zu der Frage der Locarnopolitik Stellung und vertritt hier die Ansicht, daß kein Mensch mehr daran denkt, die Verträge von Locarno umzusetzen. In diesem Punkte weicht er aber von der Auffassung der deutschnationalen Parteileitung ab. Bei der Vertretung der Locarnoverträge im Reichstag haben die Deutschnationalen nämlich durch ihren Führer, den Abgeordneten Grafen Westarp, erklären lassen, daß sie die Locarnoverträge nicht als bindendes Recht für Deutschland anerkennen können, da das Gesetz nicht die nach ihrer Meinung notwendige Zweidrittelmehrheit bei seiner Verabschiedung hatte. Die Ausführungen des Herrn v. Loebell haben die deutschnationale Parteileitung veranlaßt, in einer Erklärung zu ihnen Stellung zu nehmen. In ihr wird betont, daß die Ausführungen des Herrn v. Loebell, der zwar Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei sei, keine Kundgebung der Partei darstelle, und daß Herr v. Loebell seinen Artikel zur Regierungskrise lediglich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des überparteilichen Reichsbürgerrats und ohne jede vorherige Abklärung mit der deutschnationalen Parteileitung geschrieben habe. In noch stärkerem Maße rückt die Leitung der Deutschnationalen, die wohl als rechter Flügel der Deutschnationalen zu bezeichnen sind, von Herrn v. Loebell ab.

Wiederbeginn der Entwaffnungsverhandlungen.

Die deutsche Delegation in Paris.

Die deutsche Delegation für die Entwaffnungsverhandlungen ist am Sonntag nachmittag in Paris eingetroffen, um dort die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Die Delegation besteht aus General v. Pawlowsky, Geheimrat Dr. Förster und Hauptmann Doberg. In Kreisen der beteiligten Industrie hofft man, daß noch eine Anzahl industrieller Sachverständiger der Delegation angegliedert wird, da es sich bei den Verhandlungen über das Kriegswaffenverbot nicht mehr um die Entwaffnung Deutschlands, sondern um lebenswichtige Interessen der deutschen Industrie handelt.

Eine offiziöse Pariser Erklärung.

Havas veröffentlicht eine offiziöse Erklärung gegen die Mäler, die seit einigen Tagen den Versuch machen, angesichts der bevorstehenden Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Entwaffnung Deutschlands die noch strittigen beiden Fragen als sehr heikel und schwer lösbar zu bezeichnen. Die Agentur Havas ist, wie sie mitteilt, aufgefordert worden, offiziös zu dementieren, daß die Vorkonferenz eine neue Note betreffend die Entwaffnungsfrage an die Reichsregierung gerichtet hat. Es wird ferner festgestellt, daß zwischen der Vorkonferenz und der Reichsregierung überhaupt keine Mitteilungen ausgetauscht worden sind.

Löbe über die Deutsche Republik.

Eine Kundgebung in Paderborn.

Reichstagspräsident Löbe sprach in Paderborn in einer republikanischen Kundgebung über „Das Verbleiben der Deutschen Republik“. Er führte u. a. aus: Die Verfassung von Weimar wolle den Frieden nach außen, Gerechtigkeit nach innen. Des Volkes Wille sei in der neuen Verfassung höchstes Gesetz. Jede Staatsform brauche ihre Entwidlung und es sei nicht verwunderlich, wenn hier und dort Kräfte sich regen, die auf den Sturz der Republik gerichtet seien. Die Deutsche Republik sei nicht entstanden in einem plötzlichen Aufschwung der Volksmassen, sondern in der schwersten Zeit unseres Volkes sei die Änderung in der Staatsform gekommen. Es sei eigentlich keine Revolution, sondern mehr ein Zusammenbruch gewesen, eine Enttarnung. Aber in der Heimat wie draußen im Heere habe es damals nicht einen einzigen Monarchisten gegeben, der nicht das, was sich vollzog, für unabweisbar gehalten hätte. Je weiter die Zeit fortschreite, um so größer sei die Zahl derer, die behaupten, daß auch in den allerbesten Kreisen kein Zweifel mehr darüber vorhanden wäre, daß ohne eine partielle Umwälzung Deutschlands Zerfall nicht aufzuhalten wäre.

Im gleichen Maße, wie die Republikaner den Bürgerfrieden im Innern ererbten, suchten sie auch nach außen hin den Frieden. Sie wollten ein gleichberechtigtes, gleichberechtigtes und gleichberechtigtes Mitglied unter den Völkern sein. Aus ethischen, religiösen und gesellschaftlichen Gründen seien unsere Kinder im Geiste der Völkerverständigung zu erziehen, aber auch aus wohlwolligen wirtschaftlichen Gründen. Heute könne kein Volk und am allerwenigsten das deutsche sich selbst ernähren, sondern nur im friedlichen Austausch mit seinen Nachbarn und der übrigen Welt. Der schönste Patriotismus bestehe im weiteren Ausbau des bisher Geschaffenen.

Sie erklärt durch ihren Vorsitzenden, den Grafen Seyditz-Sandrecki, folgendes:

In der Linkspresse wird die Vermutung verbreitet, als ob es möglich wäre, daß die D. R. P. anlässlich der Regierungsbildung durch eine Erklärung die wesentlichsten ihrer Grundsätze, den monarchistischen Gedanken und den Widerstand gegen die Erfüllungspolitik, preisgeben sich bereit finden könnte. Ich halte einen derartigen Gesinnungswechsel für unmöglich und darf namens der in diesem Zusammenhang erwähnten Deutsch-Konservativen Partei erklären, daß diese etwas Derartiges keinesfalls mitmachen würde.

Man sieht also, daß die Lösung der Regierungskrise noch immer im Dunkeln liegt. Aber schon die nächsten Tage werden Klärung bringen müssen, denn schon heute wieder die Reichsboten an die Pforten des Wallsteins und begeben Einlaß zu neuer Arbeit.

Beschleunigung der amerikanischen Freigabevorlage.

Die „Journal of Commerce“ aus Washington meldet, erklärte der Vorsitzende des Finanzausschusses des Senates, der Ausschuss werde über das Freigabegesetz nur in öffentlichen Sitzungen beraten. Es sollen etwa 100 Gesetze von Interessenten um Anhörung durch den Ausschuss vorliegen. Der Vorsitzende des Ausschusses ist gegen

Die französischen Senatswahlen.

Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 10. Januar. Die geschlossenen Wahlergebnisse aus allen Departements, in denen gestern die Neuwahlen zum Senat stattfanden, liegen nunmehr vor, mit einer Ausnahme: Französisch-Indien, wo die Neuwahlen am kommenden Sonntag stattfinden werden. Gewählt wurden 108 neue Senatoren, die sich auf die bei der gestrigen Wahl aufgetretenen Gruppen wie folgt verteilen: Gruppe der Rechten 2, Republikanische Linke 7, Neublissimische Union 37, Republikanische Mitte 4, Radikale 24, Radikalsozialisten 22, Sozialisten 10 und Sozialisten-Kommunisten 2. Im ganzen genommen dürfte es dabei bleiben, daß am Kabinett der nationalen Einigung gemessen, der Sieg der Linken weniger bedeutend erscheinen muß, während an sich die Linke im Sinne des ehemaligen Kartells eine klare Mehrheit erzielt hat.

Kino-Brandkatastrophe in Montreal.

150 Todesopfer.

Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

London, 10. Januar. Nach Meldungen aus Montreal stellt das gestrige Großfeuer in dem Vaivier-Palast-Kino eine der schwersten Kinokatastrophen dar, die jemals erlebt wurden. Bisher wurden 96 Tote geborgen. Man befürchtet, daß sich die Zahl der Opfer auf etwa 150 erhöhen wird. Die Zahl der Verwundeten läßt sich noch nicht annähernd übersehen. Die meisten der Opfer sind Kinder und jugendliche Personen. Das Kino befindet sich in dem Arbeiterviertel Montreals, dessen Bewohner bis zu 80 Prozent französische Kanadier sind.

Die Wirren in China.

Erfolgreiche englische Verhandlungen.

Nach offiziellen Berichten aus Hankau haben sich die chinesischen Truppen und Streikposten aus der englischen Hinterlassung zurückgezogen. Sie sind durch britische Polizeitruppen ersetzt worden. Dieser neue Wechsel ist das Ergebnis einer Konferenz zwischen dem südschinesischen Außenminister und dem englischen Generalkonsul. Danach scheint es, als ob eine gewisse Entspannung in Hankau eingetreten ist; die kurz zuvor eingelaufenen Meldungen schilderten die Lage noch als äußerst ernst, so wachte Neuter zu berichten: Nach Meldungen aus Hankau ist die Lage unhaltbar. Die allgemeine Unruhe wird hauptsächlich von Soldaten verübt. Die Behörden sind vollkommen unfähig, der Lage Herr zu werden. Die britische Konzeption ist gerammt. Sämtliche britischen Einwohner sind an Bord von Kanonenbooten auf dem Yangtse gebracht worden.

Eine weitere Neuermeldung aus Schanghai erklärt unter Hinweis auf die heftige japanisch-chinesische Propaganda in chinesischen Blättern, es sei keine Abtreibung, wenn man erkläre, daß die Lage der Enklaven in China noch nie zuvor so schwierig gewesen sei.

die Annahme dieser Gesuche. Man will bemüht sein, möglichst wenig Änderungen des Gesetzes gegenüber der vom Repräsentantenhaus angenommenen Fassung zuzulassen und so eine rasche Beabschiedung durch den Senat erleichtern.

Aufhebung der Sequestration deutscher Güter in Frankreich.

Eine offizielle Pariser Mitteilung besagt, daß der kürzlich zwischen der französischen und der deutschen Regierung abgeschlossene Vertrag zur Beschleunigung der Arbeiten des Ausgleichsamtes die Aufhebung der Sequestration deutscher Güter in Frankreich vorseht, die vor dem 30. Oktober 1926 nicht Gegenstand einer Liquidierungsanweisung waren. Personen, die Rechte geltend zu machen haben, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie zur Wahrung ihrer Ansprüche den Rechtsweg beschreiten können. Entsprechende Instruktionen sind den zuständigen Stellen zugegangen. Aus dem Erlaß geht hervor, daß die Inhaber deutscher Güter diese den deutschen Eigentümern zurückerstatten können, auch wenn sie nicht die im Gesetz vom 2. Januar 1926 vorgesehene Erklärung abgegeben haben. Voraussetzung ist, daß diese Güter nicht Gegenstand einer Liquidationsanweisung waren. Die Vorkriegsschuldner deutscher Gläubiger müssen fortfahren, die Schulden zu bezahlen, die Eintreibung geschieht durch das Amt zum Schutze des Gläubigereigentums.